

Kleine Anfrage

Globale Steuerpolitik

Frage von Landtagsabgeordneter Georg Kaufmann

Antwort von Regierungsrätin Dominique Hasler

Frage vom 05. Dezember 2023

Gemäss einer Zeitungsmeldung hat die UNO-Generalversammlung in New York im November dieses Jahres mit 125 Ja-Stimmen eine Resolution angenommen, die den Grundstein für eine Rahmenkonvention zur internationalen Kooperation in Steuersachen legt. Die Vorlage stammt von der Afrika-Gruppe in der UNO unter Federführung von Nigeria, Ägypten und Ghana. Seit Jahrzehnten fordern Staaten des Globalen Südens einen solchen Prozess auf UNO-Ebene. Für manche von ihnen geht es um existenzielle Summen. Gemäss einer Studie des «Tax Justice Network», eines internationalen NGO-Zusammenschlusses für Steuergerechtigkeit, gehen den betroffenen Ländern jährlich bis zu USD 480 Milliarden an potenziellen Einkünften verloren, weil sie in Steueroasen abfliessen. Unter den 48 Nein-Stimmen finden sich neben den EU-Staaten auch ein Grossteil der OECD -Länder, allerdings mit Ausnahmen: So haben sich die beiden EWR-Mitgliedstaaten Norwegen und Island der Stimme enthalten. Dies führt mich zu folgenden drei Fragen:

- * Wie hat das EWR-Mitglied Liechtenstein abgestimmt?
- * Wie hat Liechtenstein sein Abstimmungsverhalten begründet?
- * Haben die EWR-Mitglieder die Thematik im Vorfeld besprochen?

Antwort vom 07. Dezember 2023

Zu Frage 1:

Liechtenstein hat gegen die Resolution gestimmt.

Zu Frage 2:

Liechtenstein hat aktiv an den Verhandlungen der Resolution teilgenommen und sich in diesem Rahmen gemeinsam mit der EU, USA, Grossbritannien, der Schweiz, Südkorea, Japan und Australien für eine Kompromisslösung eingesetzt. Anstelle der Erarbeitung einer Rahmenkonvention sah dieser Kompromiss vor, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die konkrete Vorschläge zur Verbesserung der internationalen Steuerkooperation vorbereitet. Ziel war es dabei, dass es zu keiner Duplizierung bestehender Bemühungen, insbesondere jener der OECD, kommt. Da die federführende Afrika-Gruppe sich dieser Idee jedoch widersetzte und die Verhandlungen wenig konstruktiv verliefen, konnte Liechtenstein die Resolution in ihrer finalen Form nicht unterstützen. Dieses Abstimmungsverhalten wurde in einem entsprechenden Votum erläutert.

Zu Frage 3:

Liechtenstein arbeitet zu vielen Themenbereichen an der UNO sehr eng mit der Schweiz, der EU, den EWR-Partnern sowie gleichgesinnten Staaten zusammen. So nimmt Liechtenstein auch zur Resolution betreffend die Zusammenarbeit zu Steuerfragen dieselbe Haltung ein, wie sie von der grossen Mehrheit dieser Staaten vertreten wird.

Norwegen nimmt zu Fragen der globalen Besteuerung und illegaler Finanzflüsse seit längerer Zeit eine andere Haltung als die restlichen EFTA- und weitgehend auch EU-Mitgliedstaaten ein. Island nahm nicht an den Verhandlungen teil und enthielt sich folglich seiner Stimme.